

G20 in Hamburg: die hohe Politik und die Zivilgesellschaft

Klaus Milke

Bereit zur Verantwortungsübernahme: jetzt handeln oder wann?

Abschottung und Nationalismen sind in der Offensive. Die globale Ungleichverteilung ist dramatisch. Viele Menschen, auch in den reichen Ländern, fühlen sich zurückgelassen. Die Aufrüstungsspirale dreht sich weiter, wegen Bürgerkriegen und offener Gewalt in vielen Staaten sind Millionen weltweit auf der Flucht. Gleichzeitig sind die planetaren Grenzen mehrfach überstrapaziert, nicht nur hinsichtlich der Erderwärmung. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir alsbald irreversible Kipppunkte übersprungen haben. Politische und technische Lösungsvorschläge liegen in großem Umfang auf dem Tisch. Die Weltgemeinschaft hat 2015 wegweisende Verabredungen getroffen.

Wir leben also in wahrhaft entscheidenden Zeiten. Vieles ist in Bewegung, leider auch in negativer Hinsicht. Er kämpfte zivilisatorische und menschenrechtliche Standards werden von rechtspopulistischen Gruppierungen, aber auch von politischen Entscheider/innen dreist infrage gestellt. Nicht nur Präsident Donald Trump ist ein Symbol dafür!

Eine offene und freie Gesellschaft in jedem Staat dieser Welt sowie eine aktive und unabhängige Zivilgesellschaft werden überall dringend gebraucht. Ohne die Beiträge der Civil Society sind die jetzigen Herausforderungen und die vor uns liegenden Zukunftsfragen nicht zu meistern.

Doch die Zivilgesellschaft ist weltweit massiv unter Druck, sie wird verfolgt und diskreditiert, manche Aktivist/innen werden brutal gefangen gehalten, gefoltert und ermordet. Der abnehmende und bedrohte Handlungsraum der Zivilgesellschaft muss auch uns in Deutschland zutiefst mit Sorge erfüllen, denn Ungarn, Russland oder auch die Türkei und unsere Kolleg/innen dort sind gar nicht weit weg von uns. In diesem Kontext steht der G20-Gipfel in Hamburg – und alles, was rund um ihn passiert, bildet diese Zusammenhänge in großem Maße ab.

Auch für die G20 gilt das neue Paradigma der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) und des Pariser Klimaabkommens

Viele Politiker/innen, aber auch die Menschen auf der Straße, haben es bis heute noch nicht mitbekommen: die Verabschiedung der 2030-Agenda der Vereinten Nationen Ende September 2015 in New York mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) und die Einigung im Dezember 2015 auf das Pariser Klimaabkommen haben vor zwei Jahren einen entscheidenden Paradigmenwechsel angekündigt. Die getroffenen grundlegenden Veränderungsbeschlüsse auf der Ebene der Vereinten Nationen waren ein Abschied vom gewohnten Business as usual. Das heißt: alle Staaten der Welt müssen nun – unter der besonderen

Stärkung und Berücksichtigung der Menschenrechte – eine weltweite große Transformation und eine globale Energiewende durch neue Formen der Kooperation gemeinsam und auf nationaler Ebene kraftvoll umsetzen. Und alle Staaten sind nun auf Augenhöhe »Entwicklungsländer«, darunter auch alle Industriestaaten und Schwellenländer. Auch Deutschland mit seinen vielen Fehlentwicklungen ist nun Entwicklungsland und muss die SDG entsprechend implementieren.

Insbesondere auch die G20 als Gruppe der besonders starken Staaten – die gleichzeitig die größten Umweltverschmutzer und Klimasünder sind – müssen von nun an aktiver Teil der Lösung sein. Die Gruppe der G20 sollte die ambitionierteste Gruppe sein, um die nationalen Fahrpläne (National Determined Contributions Intenditid, NDC) zur Erreichung der globalen Entwicklungszeile (Leitspruch »Leave no one behind«) aufzustellen und diese bis 2050 im Klimabereich aktiv umzusetzen. Die 19 Industrie- und Schwellenländer plus EU sind den Beschlüssen von New York und Paris ganz besonders verpflichtet und in den Geist der Kooperation, Solidarität und Verständigung sowie in die Zielsetzungen der Vereinten Nationen unmittelbar eingebunden. Sie können nicht mehr losgelöst handeln und einfach nur die Interessen ihrer G20-Bevölkerungen verfolgen.

Dass Deutschland in diesem Jahr die G20-Präsidentschaft innehat, unterstreicht die besondere Verantwortung der Bundesregierung. Von ihr wird erwartet, dass sie für die geplante Transformation der Welt (»Transforming our World« steht bedeutsam über der 2030-Agenda) die notwendigen substantiellen Initiativen startet, deren Impulse idealerweise von der argentinischen und dann von der indischen Präsidentschaft für 2018 bzw. 2019 aufgegriffen werden können (zur Umsetzung der 2030-Agenda kamen bereits wichtige Impulse von der chinesischen G20-Präsidentschaft, wobei die menschenrechtliche Dimension rund um die SDG nahezu ausgeklammert blieb).

Die Bundesregierung hat ihr G20-Engagement für 2017 übrigens programmatisch überschrieben mit »SHAPING AN INTERCONNECTED WORLD« (Eine vernetzte Welt gestalten) und folgende Hauptüberschriften gewählt: STABILITÄT SICHERSTELLEN, ZUKUNFTSFÄHIGKEIT VERBESSERN und VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN. Auf die mit diesen Themen verknüpften Optionen und Widersprüche wollen viele Akteure – die den sog. offiziellen »G20 Engagement Groups« von Wirtschaft, Gewerkschaften, Think Tanks und Zivilgesellschaft angehören – hinweisen und Einfluss nehmen, auch durch Protest auf der Straße.

Die Umsetzung der SDG und der Pariser Beschlüsse sind nun wahrlich kein Kinderspiel. Sie stellen die Machtfrage und gehen an die Substanz der gegenwärtigen Wirtschaftsweisen, der Ressourcen- und Reichtumsverteilung, der gegenwärtigen Konsum- und Produktionsmuster. Aber auch jede/r Einzelne ist angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung gefragt, seinen individuellen Lebensstil nachhaltig auszurichten. Den entscheidenden Druck auf Umsetzung der 2030 Agenda werden in den nächsten Jahren aber die kleinen Inselstaaten und viele Länder Afrikas ausüben – also die ärmeren und besonders verwundbaren Entwicklungs- und Schwellenländer, welche die SDG auch als Fortsetzung der bis zum Zieljahr 2015 nicht erfüllten Millenium Development Goals (MDG) sehen.

17 ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG,
DIE UNSERE WELT BIS 2030 VERÄNDERN WERDEN



Vor diesem Hintergrund haben sich am Rande der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington im April 2017 die Finanzminister des Climate Vulnerable Forum (das 49 der weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder vereint) mit Vertretern des »großen Bruders«, der G20, getroffen, um über Klimafinanzierung, wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz und Unterstützung für Anpassung und Resilienz zu sprechen, und vor allem um eine Verstärkung der Zusammenarbeit zu diskutieren.

Von Heiligendamm 2007 bis Hamburg 2017

Manche erinnern sich noch an den G8-Gipfel in Heiligendamm. Das Treffen in dem kleinen Ort an der Ostsee liegt genau 10 Jahre zurück. 2007 war insofern ein besonderes Jahr, als dass Deutschland – damals auch schon mit Klimakanzlerin Angela Merkel an der Spitze einer Großen Koalition – nicht nur die Präsidentschaft für den Achter-Club der Industrieländer, sondern auch für die Präsidentschaft der EU innehatte. Ein paar Zielsetzungen und Vereinbarungen in Sachen Klima und Energie wurde damals erreicht, doch reichte der erzeugte Schwung nicht aus, so dass der als historisch vorgesehene Klimagipfel von Kopenhagen zwei Jahre später scheiterte. Der deutsche G7-Gipfel von Elmau im Juli 2015 war da hinsichtlich der Themen Klima und Energie schon wirksamer: er hat wichtige Impulse für den Erfolg der COP21 in Paris gegeben.

Wenige Monate nach Heiligendamm – also vor nicht ganz einem Jahrzehnt – wurde die G20 als informelles Forum ohne Sekretariat für die Spitzen der 20 wichtigsten Volkswirtschaften geschaffen. Regierungs- und Staatschefs aus den großen Industrie- und Schwellenländern wollten in diesem Gremium erstmals kooperieren, um nach dem Kollaps der New Yorker Investmentbank Lehman Brothers die Weltfinanz- und Wachstumskrise in den Griff zu bekommen. Allein hätten das die Industrieländer nicht regeln können. Als die Stabilisierung aus Sicht der Staatschefs finanzökonomisch gelungen schien, kamen danach weitere allgemeinpolitische Themen in den Themenkanon der G20 hinein; zugleich nahmen die G8 bzw. G7-Gipfel (nach dem Ausschluss Russlands) an Bedeutung ab, ohne sich von ihren Mantras des Freihandels und des Wachstumdenkens zu lösen. Die SDG und die Beschlüsse von Paris beginnen erst allmählich, die Agenda von G7 und G20 zu erobern.

Heute repräsentieren die G20 zwei Drittel der Weltbevölkerung, vier Fünftel der globalen Wirtschaftskraft, drei Viertel des Welthandels und vier Fünftel der emittierten Treibhausgase. Nun gilt es, diesen Tanker innerhalb der Staatengemeinschaft in eine neue Richtung in Bewegung zu setzen. Dabei geht es um folgende Erkenntnisse und Bereitschaften:

- es muss gemeinsam Verantwortung übernommen und Globalisierung neu gestaltet werden,
- eine neue transformativ ausgelegte partnerschaftliche Kooperation, vor allem mit den Schwächeren, ist erforderlich, gepaart mit der Bereitschaft zu finanzieller und technischer Unterstützung,
- ein langfristiges Zusammenwirken, Verlässlichkeit und Vertrauen sind unerlässlich.

Zivilgesellschaft, Grassroots-Bewegungen, NGOs und Stiftungen

Diese Bereitschaften und Zielsetzungen heute bei allen G20-Staatschefs gleichermaßen zu unterstellen, dürfte naiv sein. Donald Trump hat sehr deutlich gemacht, dass diese Ziele für ihn im Zeitalter des »America first« keine Grundlagen sind. Aber auch weitere Kollegen von ihm denken ähnlich. Interessant ist, dass wichtige gesellschaftliche Gruppierungen gerade das Umfeld von G20 zu deutlichen Positionierungen für sich selbst, aber auch im Zusammenwirken mit anderen nutzen und sie viel klarer sind als die meisten G20-Regierungen.

Finden bis zum Gipfel nicht nur eine große Zahl mehrerer offizieller G20-Vorbereitungs-, sechs G20-Ministertreffen statt (Landwirtschafts-, Außen-, Finanz-, Energie-, Arbeits- und Gesundheitsminister) und Fachkonferenzen statt, so gibt es auch Abstimmungen und Treffen der unterschiedlichsten Formate der Zivilgesellschaft, der offiziellen G20-Engagement Groups.

Gemäß Alphabet gibt es unterschiedliche G20-Gruppierungen, so die B20 für die internationale Business-Welt, die C20 für die NGOs bzw. die Civil Society, L20 (Labour20) für die gewerkschaftlichen Strukturen, S20 für Science und wissenschaftliche Einrichtungen, T20 für die Think Tanks, W20 für Frauengruppierungen (Women20) und Y20 für die internationale Vertretung der Jugend (Youth20). Bei den meisten G20-Gruppen-Summits hat sich die Kanzlerin bereit erklärt, im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg auch selbst mit aufzutreten.

Innerhalb der Engagement Groups hat viel intensive und auch kontroverse Debatte stattgefunden, viele Texte wurden verfasst und für die Bundesregierung bzw. die G20 sind eine große Zahl von Empfehlungen entwickelt worden. Zwischen den von der Bundesregierung nicht nur politisch gewollten und teilweise auch unterstützten G20-Gruppen gab es als neue Qualität im G20-Prozess auch intensiveren Austausch und gemeinsame strategische Überlegungen.

Eine wichtige gemeinsame Erklärung aller Engagement-Groups zur Notwendigkeit von offenen Gesellschaften und einer freien, starken und unabhängigen Zivilgesellschaft, wurde bereits im Februar dieses Jahres veröffentlicht. Von Bedeutung war auch ein gemeinsames Statement von fast allen G20-Engagement Groups (plus Foundations20) zu Klima und Energie, das kürzlich nach der Ankündigung des Ausstiegs der USA aus dem Paris-Abkommen das Festhalten an den Pariser Vereinbarungen bekräftigte.

Natürlich sind viel Protest und unterschiedlichste kritische Veranstaltungen rund um den Gipfel in Hamburg zu erwarten: Am 19./20.6. ist in Hamburg die Internationale Civil Society-Konferenz (C20), für Sonntag, den 2. Juli rufen viele deutsche und internationale Verbände und NGOs zu einer »G20-Protestwelle« in Hamburg auf, am 5. und 6. Juli findet ein sehr viele Themen aufgreifender Alternativgipfel, der »Gipfel für globale Solidarität«, im Hamburger Kulturzentrum Kampnagel statt. Am 7. und 8. Juli – also parallel zum offiziellen Gipfel – gibt es dann vielfältige Protestaktionen und Demonstrationen vor Ort. Schade wäre es, wenn die aus Hamburg ausgestrahlten zentralen Bilder durch Sicherheitsfragen und Gewalt bei den Demonstrationen, statt einer bunten und friedlichen Lösungs- und Protestkultur einer breit aufgestellten Zivilgesellschaft geprägt sind.

Stiftungen als Brücke

Stiftungen können in ihrer operativen Arbeit, ihrer Fördertätigkeit und ihren Anlageaktivitäten einen besonderen Zugang zu Modellen und Lösungen nachhaltigen Handelns im Sinne der 2030-Agenda und zur Umsetzung der Klimabeschlüsse schaffen. Und sie können Brücken bauen zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Im Vorfeld der deutschen G20-Präsidentschaft haben sich daher deutsche Stiftungen darauf verständigt, eine eigene G20-Stiftungsplattform auf die Beine zu stellen. Zunächst auf nationaler Ebene, aber dann auch durch internationale Beteiligung aus dem G20-Kontext. Diese wahrscheinlich auch in Zukunft weitergeführte »Foundations20«-Plattform (F20) soll verdeutlichen, dass Stiftungen als Teil der globalen Zivilgesellschaft Stellung beziehen und mitwirken wollen bei den umfassenden Transformationsprozessen (www.stiftungzukunft.org). Sie wollen mit vielen anderen dazu beitragen, dass der G20-Gipfel in Hamburg vor allem durch seine Themen und als Ringen um die besten Zukunftsoptionen in der Welt wahrgenommen wird.

Dass US-Präsident Trump aus dem internationalen Klimaprozess aussteigt, kann den diesjährigen G20-Prozess und die Völkergemeinschaft schwächen, dies kann aber langfristig paradoxerweise auch zu einer Stärkung führen. Denn nach dem angekündigten Paris-Ausstieg der USA können nun von den restlichen 19 Staaten (plus den positiven Kräften in den USA) vielleicht die verborgenen Klimaschätze der G20 gehoben werden. Träume sind ja wohl erlaubt.

Autor

Klaus Milke ist Vorstandsvorsitzender von Germanwatch und der Stiftung Zukunftsfähigkeit.

Kontakt

Germanwatch e.V.

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0

Fax +49 (0)228 / 60 492-19

Email: milke@germanwatch.org

<https://germanwatch.org/de/startseite>

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de